

## **„Städtebund warnt vor Strompreisbremse – Sozialtarife nicht zielführend“**

**Gespräch Neuer Osnabrücker Zeitung mit**

DStGB-HGF Dr. Gerd Landsberg

### **Warnung vor Reformstau im Wahljahr bei der Energiewende Strompreishysterie vermeiden**

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat vor einem Reformstau bei der Energiewende im Wahljahr 2013 gewarnt. Die Energiewende ist noch lange nicht gelungen, sondern erfordert grundlegende Reformen, die keinen Aufschub dulden. Sie ist eine Operation am offenen Herzen der drittgrößten Volkswirtschaft der Erde. Wenn sie gelingt, wird Deutschland seine führende Position in der Umwelt- und Energietechnologie behaupten und damit Wohlstand und Arbeitsplätze sichern. Misslingt die Energiewende, wird das gravierende Wohlstandsverluste, höhere Arbeitslosigkeit und Wettbewerbsnachteile für die deutsche Industrie zur Folge haben. Deswegen muss jetzt gehandelt werden.

**Dazu gehört mehr Markt- und weniger Planwirtschaft, die Überarbeitung des Fördermechanismus, damit die Energiepreise nicht aus dem Ruder laufen. Der Netzausbau muss konsequent vorangetrieben und die Betreiber konventioneller Kraftwerke brauchen Investitionssicherheit.**

Gerade die Kommunen und ihre Stadtwerke können hier einen wichtigen Beitrag leisten, wenn die Rahmenbedingungen **nicht später, sondern jetzt** neu gestaltet werden.

Wegen fehlender Netze ist die **Zwangsabschaltung von Windparks in Deutschland um 300 % gestiegen**. 407 Gigawattstunden Windstrom gingen verloren, damit hätte man 116.000 Haushalte ein Jahr lang versorgen können. Deswegen muss der **Netzausbau jetzt massiv vorangetrieben werden**. Dabei geht es nicht nur um einige Tausend Kilometer Stromautobahnen von Nord nach Süd (Hochspannungstrassen), sondern insbesondere um über 195.000 Kilometer Land- und Gemeindestromstraßen, die zum so genannten Verteilernetz gehören.

**Die Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen gestrafft und vereinfacht werden.** Gerade Umweltauflagen, die sich aus EU-Richtlinien ergeben, erweisen sich häufig als Hinderniss. So z. B. die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie und die Vogelschutz-Richtlinie. Die Vorgaben der beiden Richtlinien sind für Schutzgebiete bindend, die insgesamt gut 15 % der Fläche Deutschlands ausmachen. Die nach EU-Recht durchaus möglichen Ausnahmen, sind sehr eng begrenzt und müssen vereinfacht und ggf. auch „moderat“ zurückgenommen werden. Die Energiewende dient auch vorrangig dem Klimaschutz und deswegen müssen die Investitionen bei dem notwendigen Abwägungsvorgang mit Umweltschutzbelangen auch entsprechend gewichtet werden.

Um jahrelange Verzögerungen bei der Planung und beim Bau zu vermeiden, sind für die konkreten Vorhaben eine **aktive Informationspolitik und eine frühzeitige Beteiligung der Bürger bei den Planungsvorhaben notwendig**. Die Städte und Gemeinden und ihre Bürger müssen an der Wertschöpfung der Energieerzeugung und des Netzausbaus beteiligt werden. Den Bürgern wird schwer zu vermitteln sein, warum sie Einschnitte in ihre Landschaft durch Stromtrassen, Biogasanlagen und Windräder hinnehmen sollen, wenn in ihrer Stadt gleichzeitig das Geld für den Kitausbau und zum Stopfen der Schlaglöcher fehlt. Deswegen muss man möglichst viele Betroffene auch zu ökonomischen Gewinnern der Energiewende machen. Bürgerwindparks, Energiegenossenschaften oder auch Bürgeranleihen für den Netzausbau sind dafür geeignete Mittel. Die jüngsten Vorschläge von Bundesumweltminister Altmaier in Sachen Bürgerdividende sind ein Schritt in die richtige Richtung.

**Der DStGB warnt zugleich vor einer Strompreishysterie.**

Bei der Strompreisentwicklung ist mehr Sachlichkeit geboten. Da die fossilen Brennstoffe wie Öl und Gas endlich sind, steigen die Strompreise seit Jahren, völlig unabhängig von der Energiewende. Im Jahre 2000 hat ein Dreipersonenhaushalt (Jahresverbrauch 3500 Kilowattstunden) 46,66 Euro/Monat für den Strom bezahlen müssen. Im Jahre 2013 werden es mit der Erhöhung der EEG-Umlage 81 Euro sein. Das ist eine Steigerung von etwa 85 % über einen Zeitraum von über 12 Jahren. Andere Produkte des täglichen Lebens wie Benzin oder auch nur der Cappuccino im Cafe haben sich in der gleichen Zeit vergleichbar entwickelt. Man darf auch nicht übersehen, dass Deutschland durch den massiven Ausbau der alternativen Energie allein im letzten Jahr fast 8 Mrd. Euro eingespart hat, weil der Öl- bzw. Gasbedarf entsprechend gesunken ist.

Fast die Hälfte des Strompreises setzt sich aus Steuern und Abgaben zusammen. Darin sind neben der Mehrwertsteuer für private Verbraucher, Stromsteuer und Konzessionsabgabe natürlich auch die Umlage für die erneuerbaren Energien und die Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung enthalten. Diese Abgaben werden allerdings auch genutzt, um die Infrastruktur weiter auszubauen, die Kraft-Wärme-Kopplung zu fördern und die Energiewende voranzubringen. Insofern ist die Forderung nach einer **Strompreisbremse** zwar medienwirksam, aber politisch der falsche Ansatz. Richtiger ist es vielmehr, gerade Menschen mit unterem und mittlerem Einkommen die Möglichkeit zu geben, Energie einzusparen.

Wir werden Energie künftig vielmehr als das wahrnehmen, was sie ist: ein kostbares Gut. Die beste Energie ist letztlich die, die man einspart, denn sie muss gar nicht erst produziert werden. Deswegen ist es bedauerlich, dass sich Bund und Länder bisher nicht darauf verständigen konnten, wie **die Energieeffizienz (Förderung von energetischen Sanierungen)** finanziert und umgesetzt wird. Gerade bei der Energieeffizienz können die Kommunen mit ihren über 176.000 kommunalen Gebäuden, die jährlich 2,5 Mrd. Euro Energiekosten verschlingen, einen wichtigen Beitrag leisten. Noch vor der Bundestagswahl muss deshalb das Förderprogramm zu CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierung beschlossen werden. Dabei muss man bedenken, dass 1 Euro öffentlicher Fördermittel rund 8 Euro an zusätzlichen Investitionen auslöst.

Auch **Sozialtarife**, wie sie von einigen gefordert werden, sind nicht zielführend. Neben dem damit verbundenen erheblichen administrativen Aufwand ist zu beachten, dass natürlich die Energiekosten bei der Berechnung von Sozialleistungen berücksichtigt werden.

Die großen Chancen der Energiewende sollten nicht kleingeredet werden, auch wenn in Deutschland die so genannte „**Panikindustrie**“ immer besonders im Vordergrund steht.

